

Meine Sommersession 2026

Im der diesjährigen Sommersession wurde im Parlament intensiv über die Finanzierung der 13. AHV-Rente, die Energiepolitik und die Armeefinanzierung debattiert. Ich möchte die folgenden Themen besonders hervorheben:

1) Keine riskanten Experimente in unsicheren Zeiten

Ein ganz wichtiger politischer Entscheidung wurde diesen Sommer ausserhalb des Bundeshauses gefällt: Volk und Stände lehnten die Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» mit 54,79% deutlich ab. Statt die Bilateralen Abkommen mit der EU zu torpedieren, setzte die Stimmbevölkerung in unsicheren Zeiten ein Zeichen der Stabilität. Apropos EU - die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates (APK-N), deren Mitglied ich bin, wird sich ab Herbst 2026 eingehend mit den Bilateralen III auseinandersetzen.

2) Aufhebung des Neubauverbots für AKWs ohne geklärte Finanzierung

Der Nationalrat setzte sich ausführlich mit der Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)» und insbesondere mit dem indirekten Gegenentwurf des Bundesrates auseinander ([25.068](#)). Im Kern des Gegenentwurfs steht die Aufhebung des 2017 vom Volk beschlossenen Neubauverbots für Atomkraftwerke. Das Thema polarisiert stark, sowohl innerhalb als auch ausserhalb der Mitte, wie das geteilte Fraktionsvotum mit mir und Nicolò Paganini als Fraktionssprecher und die 99 Ratsmitglieder lange Rednerliste bezeugten. Nach einem Debattenkrimi par excellence wies die grosse Kammer den Rückweisungsantrag meiner Ratskollegin Priska Wismer-Felder (Die Mitte/LU), der den Bundesrat zur Klärung der Finanzierung verpflichtet, ganz knapp zurück. Auch eine Minderheit meines Ratskollegen Stefan Müller-Altermatt (Die Mitte/SO), der ein Moratorium für neue AKWs bis 2036 forderte, wurde haarscharf verworfen. Damit wird das Neubauverbot faktisch aufgehoben. Mich enttäuscht dieses Resultat, da die Planung und der Bau neuer AKWs mit massiven Kosten verbunden ist und zu einem erheblichen Teil von Bundesmitteln subventioniert werden müsste. Zudem dürfte es noch Jahrzehnte dauern, bis ein neues AKW ans Netz geht. Zu diesem Zeitpunkt passen AKWs aufgrund des fortschreitenden Ausbaus der erneuerbaren Energien aber voraussichtlich gar nicht mehr in den Strommix.

3) Abkommen mit der Ukraine zum gegenseitigen Vorteil

Mit 148 zu 9 Stimmen bei 38 Enthaltungen nahm die grosse Kammer das «Abkommen zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und dem Ministerkabinett der Ukraine über die Zusammenarbeit im Wiederaufbauprozess der Ukraine» an ([26.028](#)). Auch bei diesem Geschäft übernahm ich die Rolle der Fraktionssprecherin. Das Abkommen schafft eine rechtliche Grundlage für den Einbezug der Schweizer Privatwirtschaft beim Wiederaufbau der Ukraine. Es enthält eine zweckgebundene, nicht-rückzahlbare Finanzhilfe, die es der Ukraine ermöglicht, hochwertige Güter und Dienstleistungen von Schweizer Unternehmen für prioritäre Wiederaufbauprojekte zu beziehen. Dadurch profitieren beide Staaten und die Schweiz sendet ein starkes Signal der Unterstützung an die Ukraine.

Ich wünsche Ihnen einen sonnigen Sommer!

Christine Bulliard-Marbach
Nationalrätin